

# Kösliner Volksblatt

Das Kösliner Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen. Vierteljährlicher Bezugspreis 2 Mk. 70 Pfg. — Schriftleitung und Verlag Köslin, Bergstraße Nr. 26. Fernsprech-Anschluß Nr. 49. Postfach-Konto Danzig Nr. 1989

vorm. Fürstentümer Zeitung  
General-Anzeiger für den Regierungsbezirk Köslin

Der Anzeigensatz beträgt für die sechsgipflige Kleinzeile 20 Pfg.; Kohlene kostet die dreigipflige Kleinzeile 60 Pfg. Bei Wiederholung wird Preisermäßigung gewährt. Erfüllungsort Köslin. Vermittlung von Anzeigen für alle Zeitungen ohne Provisionszahlung

Nr. 72.

Mittwoch, den 26. März 1919.

17. Jahrgang.

## Wir und die Polen.

Die Operationen an der Posener Front wurden durch das Nachwachen der Entente in dem Augenblick unterbrochen, als beide Teile infolge ihrer fortgeschrittenen Rüstungen an Stelle der bisherigen Patrouillenunternehmungen und Bandenkämpfe zu größeren Schlagen mit Truppen aller Waffengattungen ausholen konnten. Der siegreiche deutsche Angriff auf Pomitz und das Vorgehen der Polen gegen Raswitz und Rasel sind die ersten Anzeichen hierfür. Die Deutschen haben dann das geschlossene Abkommen peinlich eingehalten, so ungünstig es für sie auch war und so vielversprechend die taktische Lage sich anbot. Polnischerseits hingegen wurden die eingegangenen Verpflichtungen in den ersten 14 Tagen oft systematisch an der ganzen Front gebrochen. Wenn der Gegner es sich sofort angelegen sein ließ, durch Funkspruch aus Warschau nach Paris die bösen Deutschen eines gleichartigen Vorgehens zu bezichtigen, so steht dieses Verhalten auf der Höhe der fittlichen Höhe wie der Versuch, durch Posener Funksprüche und Zeitungsmeldungen die deutschen Soldaten wegen des Gebrauchs von Dum-Dum-Geschossen und arger Greuelthaten in den Ruf unmenschlicher Grausamkeiten zu bringen und die Augen des In- und Auslandes von den zahllosen Rohheiten polnischer Soldateska gegen deutsche Truppen und harmlose Einwohner abzulenken. Es wird die Folgen Sarmaten schwerlich allzusehr geniert haben, daß ihnen dabei mitunter ein kleines Mißgeschick passiert ist, so wenn sie die Verhaftung und Ermordung eines Kaufmanns in die Welt hinausposaunten, der nachher wahrheitsgetreu beschwor, daß er nie verhaftet und bisher auch noch nicht erschossen sei.

In den letzten Tagen gewinnt es aber den Anschein, als ob auch der Feind vorläufig sich etwas strenger an die ihm auferlegten Verpflichtungen halten wolle, wiewohl kein Tag ohne kleine Uebergriffe von seiner Seite vergeht. Vielleicht hat man darin eine Folge der Anwesenheit des nach Berlin weitergereisten Generals Dupont in Posen zu sehen. Wie lange diese Enthaltensamkeit andern wird, muß man abwarten. Sicher ist jedenfalls, daß die militärischen Rüstungen von polnischer Seite mit ungeschwächtem Eifer fortgehen, wie die Zusammenfassung der Bataillone zu Regimentsverbänden, die Auffstellung von Spezialverbänden, die Musterungen, die Anfertigung von Munition usw.

Fast täglich verlassen Transportzüge, auch mit Artillerie, den Bahnhof Posen. Gleichzeitig verdichten sich aber die Gerüchte von dem Abzug größerer Truppenmassen nach Warschau und Galizien. In Gnesen sind sogar die Deutschen bis zum Jahrgang 1902 ausgemustert worden, angeblich, um in geschlossenen Verbänden unter polnischer Führung gegen die Bolschewisten zu kämpfen. Die Gegenüberstellung von beiden Parteien besteht natürlich wieder in Kohle, Naphta und vielleicht in einem Teil der wieder in Ungarn herangeführten Waffen und Munition. Es erscheint glaubhaft, daß die Polen Verstärkungen nach Ostgalizien geschickt haben, denn nach dem Warschauer Heeresbericht vom 23. Februar waren am 17. Februar an der Pomberger Front auf 250 Kilometer Breite schwere Kämpfe entbrannt. Wenn auch nach polnischen Angaben die dreitägigen Angriffe der Ukrainer gescheitert, bezw. im Gegenstoß ausgefallen sind, so läßt die gemeldete Beute von 300 Gefangenen, 1 Geschütz und 7 Maschinengewehre nicht gerade auf allzu große Erfolge schließen.

Vielleicht bedarf man der Posener Truppen auch wirklich gegen die russische Gefahr. — Die Nachrichten über die dortige Lage sind äußerst pärtlich, — und vielleicht will man sich ihrer auch gegen innere Unruhen bedienen. Die Meldungen über solche in Warschau und im Dombrower Kohlenrevier wollen nicht verstummen. Außerhalb des Bereichs der Möglichkeiten liegt es aber auch nicht, daß diese Kräfte zum Aufmarsch an der oberschlesischen Grenze bestimmt sind. Hier werden die Polen sich nicht durch eine Demarkationslinie gebunden erachten. Ihre Zwistigkeiten mit den Tschechen sind neuerdings durch den Schiedsspruch französischer Offiziere in einem für sie nicht ungünstigen Sinne beigelegt worden. Namentlich Tschachen wurde den Polen zugesprochen und darf nur von Artillerie nicht belegt werden. So steht einem von drei Seiten umfassenden Angriff auf das von Agitatoren und einer zügellosen Presse verfezte und versuchte oberschlesische Industriezentrum nichts im Wege. Die Tschechen sind bekanntlich an der südschlesischen Grenze im Anzuge und haben es zunächst auf die Grafschaft Glatz und die Grenzgebiete westlich von ihr abgesehen. So wenig man diesen Mitbewerbern unter dem weißen Adler wohl will — die polnische Presse hallte von bitteren Klagen über die Grausamkeiten der Söhne Ribussas an polnischen Geiseln und Gefangenen wider — wird man doch eine Zersplitterung der deutschen Kräfte recht gern sehen. Nach wie vor steht unsere Provinz also in Gefahr, das Ziel eines Doppelangriffs zu werden.

Die traurigen Zustände im Innern Deutschlands, die Verblendung mit der unter den aufsteigenden Brandreden fremder Agenten ein Bruchteil des Volkes unser Wirtschaftslieben nach bolschewistischem Muster zu untergraben versucht, ladet zu solchen Anschlügen geradezu ein. Bisher fehlt es noch völlig an genügender Aufklärung der Massen über den unabsehbaren Schaden, den spartakistische Elemente durch ihren wahnsinnigen Terror im Osten anrichten können.

Für jeden aber, der noch einen Funken von Ueberlegung und deutschem Gefühl besitzt, ergibt sich aus einer solchen Betrachtung die unabsehbare Pflicht, nicht schmolend beiseite zu stehen und nicht an den Bau einer Zukunft zu denken, der es an jedem Fundament fehlt.

Jetzt heißt es für alle:

### Zu den Waffen im Grenzschutz.

Die militärischen Verhandlungen mit den Polen, die unter französischem Voritz in Posen begonnen wurden, sind, wie bekannt, durch Abreise der deutschen militärischen Beauftragten abgebrochen worden. Die kurzen Besprechungen, die in den wenigen Tagen des Zusammentritts der Kommissionen überhaupt stattfinden konnten, haben genugsam die weite Kluft dargetan, die zwischen den berechtigten deutschen Forderungen und den durch Frankreich unterstützten, unver-

säumten Ansprüchen der Polen klaffen. Frankreich will uns nach dem Zusammenbruch seines Bündnisses mit Rußland einen neuen Feind an Deutschlands Ditzgrenze schaffen, der mächtig genug ist, um eine dauernde Beunruhigung für uns darzustellen, der stark genug ist, trotz Völkerbunds- und Weltfriedensideen den durchlöchernten Ring der politischen Einkreisung Deutschlands wieder zu schließen. Daher die weitgehenden Zugeständnisse des französischen Unterhändlers an die polnischen Rebellen.

Zimmerhin, Frankreich ist in all diesen Fragen nicht allmächtig. Vor allem steht der nicht ganz vorbehaltlos geliebte große Bruder Amerika mit seinen klar verkündeten Grundsätzen vom Selbstbestimmungsrecht der Völker und von der entscheidenden Macht der Friedenskonferenz neben ihm. Für Wilson, für die Friedenskonferenz bedarf es rechtlicher Grundlagen, da muß der Veneis erbracht werden, daß das getnechtete Polenvolk unter deutscher Barbarei nach Freiheit seufzt, daß Greuel über Greuel gegen die armen Polen auch den letzten Rest eines deutschen Anspruches auf Westpreußen, halb Ostpreußen und Oberschlesien hinfällig machen, daß durch schnöden Bruch der Abmachungen über die Demarkationslinie wiederum offenkundig wird, wie wenig Deutschlands Zusicherungen Vertrauen verdienen.

So ist es jetzt den Rebellen in Posen und ihren Vertretern in Paris durch tollste Lügenpropaganda, Versammlungen, Umzüge, Bittschriften, Preßhefte, Greuelberichte und was dergleichen Mittel mehr sind, gelungen, der Entente die Ueberzeugung beizubringen, daß Polen ein Opfer deutscher Tyrannei sei. Ungehört im Mutterlande verhallen die Schmerzrufe der gepeinigten deutschen Volksgenossen, die sich in polnischer Gewalt befinden; ungehört bleiben in weiten Kreisen unseres Vaterlandes die Aufrufe zum Kampf gegen die östliche Gefahr, ungehört die Mahnrufe zur inneren Einigkeit unter Zurückstellung der egoistisch-kleinlichen politischen und materiellen Interessen!

Wie soll da die Stimme der deutschen Not im Osten der Entente beim Friedensschluß überzeugend ins Ohr klingen? Lassen wir jetzt allen Parteihader, jämahligen Eigenmuth und Partikularismus! Sind erst des Reiches Grenzen gewahrt, dann ist es Zeit, die Rechte des Einzelnen im Innern neu zugestalten.

### Westpreußen will deutsch bleiben.

U. Graudenz, 8. März. Der Soldatenrat von Graudenz sandte an die Reichsregierung und an die Nationalversammlung eine Protestkundgebung, in der es u. a. heißt: Die Garnison Graudenz, die gegenwärtig 10000 Mann stark ist, wird sich jeden Versuch einer Angliederung Westpreußens an Polen mit Waffengewalt widersetzen.

Berlin, den 25. März. U. Der „Telegraphen Union“ wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß auf die vom Reichsminister Erzberger nach Paris gerichtete Anfrage, ob es richtig sei, daß man den Deutschen geflatten werde, über den Friedensvertragsentwurf zu debattieren oder irgendwelche Veränderungen an ihm vorzunehmen, sowie daß die Alliierten sich in keiner Debatte über den Vorfrieden mit den Deutschen einlassen werden, bisher eine Antwort noch nicht eingegangen ist. Es ist nunmehr nochmals an die Beantwortung dieser Anfrage von Berlin aus erinnert werden.

### Die Diktatur der Verzweiflung.

— a. Die gestrige Volksversammlung (Montag) der Berliner U. und S.-Räte, die zu den Neuwahlen zum Reichsrätekongreß Stellung nehmen sollte, bildete in ihrem stürmischen Verlauf ein Vorspiel zu den Verhandlungen am 8. April. Alles, was mächtig spricht und zur Besonnenheit mahnt, wird niedergeschrien, und obwohl die Kommunisten in der überwältigenden Minderheit sind, bringen sie durch die Redebegabung ihrer Führer und die Radikalität einiger weniger Elemente die Entscheidung zuletzt auf ihre Seite. Selbstverständlich stehen die Verhandlungen unter dem Eindruck der Vorgänge in Ungarn, bis zu einem gewissen Grade auch der Kundgebungen gegen den Zerstückelungsfrieden am Sonntag, und gerade aus der Vermischung beider Strömungen entsteht trotz allen Bemühungen der Führer täglich ein größeres Durcheinander. Heute heißt die Parole nicht mehr „Diktatur des Proletariats“, sondern „Diktatur der Verzweiflung“, mit dem Hinweis, daß der von den feindlichen Imperialisten diktierte Frieden unser Volk zur Verzweiflung aufruft. Gewiß liegt darin manches Wahre, aber unter der Demagogie der Spartakiden läßt sich ein klarer Wille der U. und S.-Räte nicht erkennen, noch viel weniger in die Tat umsetzen. Uebel bemerkt wurde auch, daß die Regierung gestern wieder eine ganze Anzahl Kraftwagen mit schwer bewaffneten Mannschaften durch die Straßen fahren ließ, ohne daß ein stichhaltiger Grund hierfür zu erkennen war. Alles das trägt zur Verschärfung der Stimmung bei und das just in dem Augenblick, in dem alles auf die Einigkeit der Nation ankommt.

### Ausrufung der Räte-Republik in Ungarn.

Die Absicht der Entente, eine neue Demarkationslinie zu bestimmen und ganz Ungarn mit Ausnahme der Hauptstadt zu besetzen, hat zu einer neuen Umwälzung in Ungarn geführt, über deren Verlauf uns folgende Meldung des Wiener Telegraphischen Bureaus zugeht:

Budapest, 22. März.

Der französische Oberstleutnant Biz überreichte dem Präsidenten der ungarischen Volksrepublik Karolpi eine Note der Entente, in der er mit Bezug auf den Beschluß der Pariser Konferenz eine neue als politische Grenze zu betrachtende Demarkationslinie zwischen Ungarn und den Rumänen bestimmt wird. Die wichtigeren Punkte der neutralen Zone werden von den Ententetruppen besetzt.

Der Ministerrat beschloß, mit Rücksicht auf die entscheidende Aenderung, die durch diese Note in der außenpolitischen Lage eingetreten ist, angesichts der der ungarischen

Produktion drohenden Katastrophe die Demission des Kabinetts, die von Karolpi angenommen wurde. Der Beschluß des Ministerrats wurde dem Oberstleutnant mitgeteilt.

Präsident Karolpi erließ folgende Proklamation an das ungarische Volk:

„Die Regierung hat abgedankt. Jene, welche bisher auf Grund des Volkswillens und mit Unterstützung des ungarischen Proletariats regiert haben, haben eingesehen, daß die zwingende Gewalt der Verhältnisse einen neuen Kurs fordert. Die Produktionsordnung kann nur dann gesichert werden, wenn das Proletariat die Macht übernimmt neben der drohenden Anarchie in der Produktion ist auch die außenpolitische Lage Ungarns kritisch. Die Pariser Friedenskonferenz hat im geheimen dahin entschieden, daß sie beinahe das ganze Gebiet Ungarns militärisch besetzt. Die Ententekommission erklärte, daß sie die Demarkationslinie fortan als politische Grenze betrachte. Die ferneren Besetzungen des Landes verfolgen offenbar den Zweck, daß man Ungarn zum Aufmarsch- und Operationsgebiet gegenüber der an der rumänischen Grenze kämpfenden russischen Sowjetarmee machen will. Das uns geraubte Land aber soll der Sold der rumänischen und tschechischen Truppen sein, durch die man die russische Sowjet-Armee niederrücken lassen will. Ich als provisorischer Präsident der ungarischen Volksrepublik wende mich gegenüber der Pariser Friedenskonferenz an das Proletariat der Welt um Gerechtigkeit und Unterstützung. Ich danke ab und übergebe die Macht dem Proletariat der Völker Ungarns.“

Infolge der Demission der Regierung hat der Arbeiterrat von Budapest die Regierungsgewalt übernommen und einen interimistischen revolutionären Regierungsrat gebildet, dessen Mitglieder den Titel Volkskommissare führen. Das Präsidium übernimmt Garbai. Volkskommissar für Finanzen ist Eugen Varga, Neuheres Bela Kun, Krieg Josef Pogany, Sozialisierung Wilhelm Böhm. Die Regierung hat über Budapest und über das ganze Land das Standrecht verhängt.

Die Leitungen der ungarischen Sozialistenpartei und der ungarischen Kommunistenpartei haben in einer gemeinsamen Sitzung die Vereinigung der beiden Parteien beschlossen. Die neue Partei soll den vorläufigen Namen „Ungarische Sozialistenpartei“ führen. Die Partei übernimmt im Namen des Proletariats unverzüglich die ganze Macht. Die Diktatur des Proletariats wird von den Arbeitern, Bauern- und Soldatenregierung geschlossen werden. Dieser Beschluß wurde in einer heute abend abgehaltenen Sitzung des Arbeiterrats unterbreitet und einstimmig angenommen.

### Die Diktatur des ungarischen Proletariats.

Bündnis mit Moskau.

Budapest, 22. März, 2.30 Uhr früh. Die Sitzungen der ungarischen Sozialistenpartei und der ungarischen Kommunistenpartei haben in einer gemeinsamen Sitzung die Vereinigung der beiden Parteien beschlossen.

Die neue Partei soll den vorläufigen Namen „Ungarische Sozialistenpartei“ führen.

Die Partei übernimmt im Namen des Proletariats unverzüglich die ganze Macht. Die Diktatur des Proletariats wird von den Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten ausgeübt. Zur Sicherung der Herrschaft des Proletariats und gegen den Imperialismus der Entente müsse das innigste Waffen- und Geistesbündnis mit der russischen Sowjet-Regierung geschlossen werden. Dieser Beschluß wurde in einer heute abend abgehaltenen Sitzung des Arbeiter- und Soldaten-Rates unterbreitet und einstimmig angenommen.

— a. Der Umschwung in Ungarn hat die deutschen Kommunisten nicht unvorbereitet getroffen. Es besteht sogar die Vermutung zu Recht, daß ein genauer Plan vorliegt, dessen Drahtzieher bei der russischen Sowjet-Regierung zu suchen sind. Dafür spricht, so wird von Berliner zuständiger Stelle erklärt, der bis ins einzelne gehende Aufwurf der kommunistischen Regierung Ungarns, der die Diktatur des Proletariats verkündet. Der Aufforderung, dem Beispiele Ungarns zu folgen, werden die deutschen Kommunisten ohne Zweifel nachkommen. Es wird Sache der augenblicklichen deutschen Regierung sein, mit den unerfreulichsten Dingen zu rechnen. Im Augenblick scheint man in der Wilhelmstraße recht unentschlossen zu sein, während die Gegenseite recht viel im Auge hat.

Ueber eine Sonntag abend im Reichsamt des Innern abgehaltene Besprechung über die neue Lage, die sich auch auf die Friedensfrage erstreckte, war bisher nichts zu erfahren, doch geht man nicht fehl in der Annahme, daß es in den nächsten Wochen hart auf hart gehen wird. Die Regierung steht heute vor dem schwierigsten Problem seit ihrer Bildung, und es wird sich erweisen, ob die Parteikoalition stark genug ist, sie in positivem Sinne zu lösen. Dazu wi d. auch das ist die Meinung amtlicher Kreise, eine Fühlungnahme mit den Unabhängigen nicht zu vermeiden sein, selbst auf die Möglichkeit hin, daß diese zunächst die sofortige Haftentlassung Ledebours und Radeks verlangen.

Wie ernst die Lage ist, zeigen die Vorgänge in Stuttgart. Dort hat der Einigungsaußschuß, der zu dem Zwecke gebildet wurde, den Zusammenschluß der sozialdemokratischen Arbeiterschaft über die Köpfe der Führer hinweg herbeizuführen, den Generalstreik beschlossen, nachdem von der Regierung die Forderung auf Freilassung der verhafteten Spartakistenführer und Wiederzulassung von Versammlungen unter freiem Himmel abgelehnt worden waren. Tag und Stunde sollen noch festgelegt werden. Ein im Lande verbreitetes Flugblatt fordert die Arbeiter zum Kampf auf. Die Bürgerchaft rüftet sich zu Gegenmaßnahmen durch einen allgemeinen Bürgerstreik.



find, daß für häusliche Straf-, Pflege- und Erziehungsanstalten sowie bei der Wehrmacht eine besondere Seelsorge gesichert wird, daß die äußere Sonn- und Feiertagsheiligung sowie die Gottesdienste unter häuslichem Schutz stehen, die Feiertage (zumal auch der Landes-Bühntag) in bisherigem Umfang aufrechterhalten werden sollen, daß der Kirche bei Befestigung der theologischen Fakultäten ein stärkerer Einfluß gewährt werde, daß der Staat bei Verringerung des bisherigen Verhältnisses nicht über den Kopf der Kirche verfüge, sondern erst nach Verständigung zwischen den Organen des Staats und der Kirche handle.

Die Synode stimmte allen diesen Säben, die der Kirche zur Selbständigkeit verhelfen und allen Eingriffen des Staates vorbeugen wollen, einstimmig zu.

Auf Antrag des Superintendenten Schmidhals-Greifenhagen beschloß die Synode darauf, ihrer Entrüstung über die Verhaftung zahlreicher Pfarrer Postens und über die Forderung, Teile der deutschen Damarik an Polen auszuliefern, Ausdruck zu geben und ihrerseits nachdrücklich zu fordern, daß blühendes deutsch-evangelisches Kirchenwesen in der Damarik nicht der Vernichtung anheimfalle. Dieser Protest soll der Reichsregierung und der Wehrmacht-Kommission unterbreitet werden.

Am Schluß der Tagung ging die Synode dann zu der besonders wichtigen Beratung über die Verfassung der Kirche über. Zwei Referenten, Graf von der Gröben und Amtsgerichtsrat Möhr-Lauenburg, vertraten die in vielstündigen Sitzungen erarbeiteten Anträge der Verfassungskommission.

Danach wurde der Synode vorgeschlagen, in einer gutachtlichen Erklärung an den Evangelischen Oberkirchenrat und den General-Synodalvorstand folgende Forderungen zu stellen:

Die Synode erhebt Einspruch gegen eine aus allgemeinen Urwahlen hervorgegangene allgemeine kirchliche Landesversammlung, sie sieht in der General-Synode die gegebene höchste kirchliche Instanz, die schleunigst zur Beratung und Beschlußfassung über die neue kirchliche Verfassung einberufen und danach von der neu gewählten General-Synode abgelöst ist. Für die Wahlen spricht die Provinzial-Synode unter anderem folgende Forderungen aus: Die Wahlen werden wie bisher zunächst zur Kreis-Synode, aus dieser zur General-Synode; das kirchliche Wahlrecht haben alle über 24 Jahre alten männlichen und weiblichen Gemeindeglieder, auf Grund der zu revidierenden Qualifikationsbestimmungen; die Annahmen zur Wählerliste erfolgen nur mündlich; das Wahlrecht ruht bei allen, die ihre kirchlichen Pflichten gemäß dem Gesetz vom 30. Juli 1880 nicht erfüllt haben.

Die Abstimmung ergab die fast einstimmige Annahme der Kommissionsanträge.

Danach rief der Präses D. Wehler der Synode ein warmherziges vom Geist des Glaubens und der Hoffnung getragenes Schlusswort zu und dankte den Kommissionen für ihre Arbeit, worauf Präsident D. Götner seiner Freude über den Verlauf der Tagung Ausdruck gab.

Endlich dankte der älteste Synodale Geheimrat Dr. Lemcke-Stettin dem Vorstand und dem Präses D. Wehler für seine Leistung voll Eifer und Kraft und nach einem Gebet des Präses D. Wehler schloß die Provinzial-Synode ihre bedeutsame außerordentliche Tagung mit dem Gebete: So laßt uns denn dem lieben Herrn mit Leib und Seele nachgehen.

**Strafhund.** Die Frage der Bürgerwehr. Die erste Sitzung des neugewählten Bürgerwehrrats fand vor zahlreicher Zuhörerschaft statt. Es lag ein Antragsentwurf zur Bildung einer Bürgerwehr vor, der Rat ist der Meinung, daß Ansuchen nicht ganz unmaßgeblich seien. Der Bürgerwehr sollen Angehörige aller Stände und Parteien, also auch Arbeiter, beitreten. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat aber erklärt, daß die Arbeiter die Gründung einer Bürgerwehr mit dem Generalstreik beantworten und solche Gründung als Provokation betrachten würde. Nach längerer Aussprache wurde ein Aussschuß erwählt, der über die Angelegenheit weiter beraten soll. Die Vertreter der Sozialdemokratie erklärten sich gegen den Ausschuß und lehnten eine Beteiligung an den Beratungen über die Bürgerwehr-Frage ab. — Interessant ist, daß der Arbeiter- und Soldatenrat erklärt hat, falls die Bildung einer Wehr stattfinden sollte, dann dürfe die Wehr nur aus Arbeitern bestehen!

**Sahnt.** Auf der See ertrunken? Das Segelschiff „Doktor Senf“, Kapitän Heinrich von Kroppe aus Klemmbröden bei Neuhaus an der Döbse geriet acht Seemeilen nördlich von Arkona auf ein fährlos treibendes Ruderboot, in dem eine Leiche lag. Das Schiff brachte das Boot mit Inhalt in den hiesigen Hafen. Es handelt sich um die Leiche eines 14 bis 16 Jahre alten Mannes. Jedenfalls ist das Boot vom Sturm in die hohe See abgetrieben und der Anfaße ertrunken oder verhungert.

## Kösliner Kreistag.

— Köslin, den 24. März 1910.

Der für heute vormittag in dem Kreisssaal anberaumte Kreistag war der letzte noch der alten Verfassung. Abschließliche Abstimmung lag über dem Hause, die sich auch wohl darin fundiert, daß sämtliche Vorlagen bis auf eine einstimmig und ohne größere Debatten bewilligt wurden. Der Kreistag war von 26 Vertretern besucht, die Tagesordnung widmete sich in erfreulicher Schnelligkeit ab.

Landrat von Eisenhart-Nothe eröffnete und leitete die Beratsamlung. Punkt 1 der Tagesordnung betraf die Wahl von Vertrauensmännern für den Ausschuß zur Wahl von Geschworenen und Schöffen

bei den Amtsgerichten Köslin und Körlin auf ein Jahr, und zwar scheiden aus bei dem Amtsgericht Köslin: Stadtrat Jüttner, Rentner Hünge, Rentner Ave-Kallement, Rittergutsbesitzer Pötter, Amtsrichter Grün und Gemeindevorsteher Renfeld; bei dem Amtsgericht Körlin: Administrator Volke-Schwenmin. Es wird Wiederwahl durch Zufur vorgeschlagen, und da sich kein Widerspruch erhebt, ist ihre Wiederwahl damit vollzogen.

Punkt 2 der Tagesordnung behandelte den Bau von St. Adolphs.

Die andauernde und steigende Erwerbslosigkeit hat dem Kreis-Ausschuß Veranlassung gegeben, die Ausführung weiterer Notstandsarbeiten in Erwägung zu ziehen und dem Kreistage vorzuschlagen. Als solche kommt in Frage der chauffemäßige Ausbau der Wege

- a) von Poppenhagen nach Bass,
- b) von Jamund nach Labus,
- c) von Jamund über die Jamunder Mühle durch den Buchwald bis an die Chauffee Köslin-Großmölln,
- d) von Schwerinthal in der Richtung auf die Eisenbahnbrücke zu,
- e) von Puddensdorf nach Neuenhagen,
- f) von Augustin nach Konitow,
- g) von Konitow nach Neulenz.

Die Wege sind namentlich während der nassen Jahreszeit größtenteils für Gespanne kaum befahrbar; sie endlich chauffemäßig auszubauen, entspricht einem öffentlichen und wirtschaftlichen Interesse.

Die überschläglichen Kosten betragen im Ganzen 694 500 Mark. Nach Abzug der Beiträge, die die beteiligten Gemeinden und so weiter tragen, verbleiben als Restbaufkosten 335 500 Mark.

Auf diese kommt weiterhin in Anrechnung die von der Provinz zu erhaltende Beihilfe, die voranschläglich rund 173 500 Mark betragen dürfte, der Rest mit 162 000 Mk. würde somit vom Kreise zu tragen sein. Da es sich um Stich-Chauffeen handelt, steht auf ein zweites Fonds der Provinz zur Beteiligung zur Verfügung, in welchem Falle mit einer weiteren Verringerung der Restsumme gerechnet werden kann.

Die vom Kreise zu tragenden Kosten der Streckenunterhaltung werden jährlich etwa 500 Mark für 1 Kilometer betragen.

In der Beratung über die Vorlage erklärte der Erste Bürgermeister Dr. Pusch namens der städtischen Abgeordneten, daß diese den sämtlichen Vorlagen über den Ausbau von Chauffeen aus dem Grunde zustimmen, weil es sich um Notstandsarbeiten handelt. Die städtischen Abgeordneten verneinen aber ausdrücklich, daß diese Bauten irgendwelchen maßgebenden Einfluß auf die Entwicklung der Stadt Köslin haben.

Nachdem noch aus der Mitte der Versammlung festgestellt worden war, daß die Stadt zum Beispiel an dem Bau der Chauffee von Jamund über die Jamunder Mühle durch den Buchwald bis an die Eisenbahn doch wohl Interesse haben müße, wird schließlich der Bau sämtlicher Strecken einstimmig beschlossen.

Als Dringlichkeitsvorschlag wird dem Kreistag im Anschluß noch folgender Antrag des Kreis-Ausschusses unterbreitet:

1. Der Kreis Köslin übernimmt den chauffemäßigen Ausbau und die Unterhaltung der Landstraße Streich-Kastirburg zwischen den Chauffeen Köslin-Großmölln und Gubenhagen-Pentenhagen nach Maßgabe des von der Provinzialverwaltung geprüften und festgestellten Bauplanes und Kostenanschläge unter der Bedingung, daß seitens der Interessenten Beiträge in Höhe von 50 000 Mark sowie von der Provinz eine Beihilfe gezahlt und von den Interessenten die allgemeinen Notwendigen Bedingungen anerkannt und erfüllt werden.

2. Die vom Kreise zu tragenden Restbaufkosten bis zum Höchstbetrage von 18000 Mark sind durch eine Anleihe zu decken, die jährlich mit höchstens 5 Prozent zu verzinsen und mit 2 Prozent unter Hinzurechnung der durch die Tilgung ersparten Zinsen zu tilgen ist. Zinsen und Tilgungsraten sowie die Unterhaltungskosten werden alljährlich in den Etat eingestellt.

3. Der Ausbau des Weges soll als Notstandsarbeit sofort in Angriff genommen werden.

Auch dieser Vorlage stimmt der Kreistag einstimmig zu.

Der nächste Punkt der Tagesordnung, die Pflasterung des Weges von Barglin nach Medlin hatte den Kreistag schon einmal beschäftigt. Der Rittergutsbesitzer von Heydebreck-Barglin beabsichtigt, als Notstandsarbeit den Weg von Barglin nach Medlin als Pflasterweg auszubauen. Die anschlagmäßigen Baukosten belaufen sich auf 60000 Mark, von denen Herr von Heydebreck 30000 Mark allein tragen will; den Rest mit 30000 Mark erbittet er als Beihilfe vom Kreise. Da die Provinz zu derartigen Wegebauten ebenfalls Beihilfen zu 30-50 Prozent, in diesem Falle also 20000 30000 Mark gewährt, so würden vom Kreise im äußersten Falle bis zu 10000 Mark als Beihilfe zu gewähren sein.

Der Kreistag hat am 30. Dezember v. Js. mit Stimmenmehrheit diese Vorlage abgelehnt in der Annahme, daß, da es sich lediglich um eine priv. Wegeverb.ung zwischen den Gütern Medlin und Barglin handele, der Kreis an dieser kein Interesse habe. Es kommen aber nicht nur die beiden Güter Barglin und Medlin in Frage, sondern auch die Dörfer gleichen Namens, endlich auch die Dörfer bzw. Güter Gälz, Thunow und Gerich. Durch den geplanten Wegebau ist es den Ortschaften Gerich, Thunow, Gälz und Barglin möglich, mit geringeren Anspannungskosten größere Getreidelasten zur Medliner Mühle anzuliefern, während es dieser wie auch den Ortschaften Medlin ermöglicht wird, ebenfalls größere Lasten zum Bahnhof Thunow heranzuschaffen.

Bei der Beratung der Vorlage entspann sich noch eine erheiternde Debatte zwischen den städtischen Vertretern, an deren Widerstand damals die Vorlage gescheitert war, und Rittergutsbesitzer von Heydebreck-Barglin, die das schlechte Pflaster der Stichstraße zum Gegenstand hatte. Schließlich wird aber auch diese Vorlage ohne Widerspruch angenommen.

Als nächster Beratungsgegenstand kam die Bewilligung einer Beihilfe zur Pflasterung des Weges von Borkenhagen bis zum Bahnhof Hohensele

in Frage. Ein dringendes Bedürfnis zur Beseitigung des Uebelstandes, infolge der schlechten Beschaffenheit des Weges vom Bahnhof Hohensele nach dem Dorfe Borkenhagen, besonders zur nassen Jahreszeit, hat sich durch die Entwicklung des Verkehrs zum und vom Bahnhof Hohensele sehr fühlbar gemacht. Vor dem Kriege sind in Borkenhagen industrielle Anlagen als Holzschneidemühle, Mahlmühle und eine Molkerei entstanden, die einen bedeutenden Verkehr mit Fuhrwerken veranlassen, wodurch der Wegezustand andauernd verschlechtert wird und länger unhaltbar geworden ist. Besonders von den Landeuten ist die täglich ihre Milch zur Molkerei bringenden, wird der Uebelstand der mangelhaften Wegbeschaffenheit sehr schwer empfunden und sind schon seit Jahren berechnete Klagen erhoben worden.

Die Gemeinde Borkenhagen hat sich nun entschlossen, den Weg pflastern zu lassen, wenn dazu seitens der Provinz und des Kreises angemessene Beihilfen zu geben werden. Nach dem Kostenanschlag sollen die Kosten der Pflasterung des 352,3 Meter langen Weges 2000 Mark betragen. An Vorausleistungen sind seitens der Interessenten 3900 Mark übernommen. Die Provinz gewährt voraussichtlich als Beihilfe 4100 Mark, sodas insgesamt 8000 Mark auf die Baukosten anzurechnen sind.

Die Gemeinde Borkenhagen hat noch 12000 Mark als Restbaufkosten bar auszubringen, wozu sie jedoch außer Stande ist.

Da der Kreis grundsätzlich keine höhere Beihilfe als die Provinz gibt, so hat die Gemeinde Borkenhagen als Anrechnung auf die Kreisbeihilfe dem Kreise die Auszahlung des Restbetrags in dem zur Pflasterstraße nicht zur Verwendung gelangenden Wegeteil überlassen, die nach dem Gutachten des Kreisbaumeisters mindestens mit 6000 Mark zu bewerten ist, sodas vom Kreise in Wirklichkeit nur 4000 Mark als Beihilfe geleistet werden.

Auch diese Vorlage wird angenommen. (Schluß folgt.)

## Vermischtes.

**Lettow-Vorbeds Aufruf.** General von Lettow-Vorbed stellt ein Freikorps auf, das als Division Lettow-Vorbed dem Garde-Kavallerie-Schützenkorps unterstellt wird. In einem Aufruf wendet er sich an alle Schuttruppler, Soldaten und Offiziere und fordert sie auf, seinem Freikorps, dessen Werbzentrale in Berlin, Nürnberger Straße 70-71 (Deutsches Künstlertheater) ist, beizutreten.

**Raub in der Euskirchener Reichsbank.** Am Sonntag betrauten 5 Personen die Reichsbanknebenstelle in Euskirchen und raubten nach Anebelung der anwesenden Angestellten annähernd 1,5 Millionen Mark. Die Täter trugen englische Uniformen und benutzten auf ihrer Flucht ein englisches Automobil. Es besteht Grund zu der Annahme, daß die Bankräuber durch Anlegung der englischen Uniformen und Bestellung eines englischen Autos die Spuren zu verwischen suchten, um so ihren Ueberfall um so sicherer ausführen zu können.

**Auch die Bremer Seeleute fahren aus.** Bremen, 23. März. Die heutige Versammlung der Bremer Seeleute aller Dienstgrade war von etwa 1000 Seeleuten besucht, in der Mehrzahl von Mitgliedern des Deutschen Seemannsbundes. Es wurde eine Entschlieung angenommen, in der sich die Seeleute verpflichten, auf Aufforderung der Regierung mit den Schiffen auszufahren. Gleichzeitig wird die Regierung aufgefordert, für die durch eine eotl. Auslieferung der Schiffe drohenden Seeleute in ausgiebiger Weise zu sorgen.

**Aufgebefferte Verpflegung für deutsche Gefangene.** London, 22. März. (Reuter.) Das Kriegsamt gibt bekannt, daß die Rationen für die Kriegsgefangenen erhöht worden sind. Die Gefangenen erhalten jetzt täglich 7 1/2 englische Unzen Brot und 6 Unzen Biskuit, 8 1/2 Unzen Fleisch, einmal in der Woche 3 1/2 Unzen Speck, 1/4 Unze Tee oder 1/2 Unze Kaffee, 20 Unzen Kartoffeln und 1 3/4 Unzen Margarine. Die Kriegsgefangenen, die schwere Kriegsarbeit zu verrichten haben, werden eine tägliche Zulage von 1 Unze Margarine oder Speisefett erhalten.

**Norwegische Heringe und Fett für Deutschland.** Kopenhagen, 22. März. Laut einer Londoner Nachricht die „Nationaltidende“ hat die norwegische Lebensmittellkommission, die am Freitag von Paris nach London zurückkehrte, beim obersten Wirtschaftsrat der Verbündeten in Paris die Erlaubnis für die Ausfuhr von Heringen und 7500 Tonnen Fett nach Deutschland erwirkt. Damit ist Norwegen das einzige neutrale Land, dem gestattet worden ist, Waren unmittelbar nach Deutschland auszuführen.

**Rohstoffe für die Ziegeleien.** In den Industriebetrieben, die unter der Kohlennot zum Schaden der Gesamtheit besonders leiden müßten, gehören die Ziegeleien. Um so angenehmer wird es von dieser Seite begrüßt werden, daß durch einen Antrag des Wirtschaftsausschusses der Nationalversammlung der letzteren nahegelegt wurde, für eine rechtzeitige Vorsehung der Ziegeleien mit Kohlen einzutreten, in der vollen Erkenntnis, daß durch eine derartig verstärkte und bevorzugte Vorsehung mit Kohlen gleichzeitig Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden werden und der im ganzen Reiche vorhandene Wohnungsnot damit nachdrücklich zu Relde gegangen werden kann.

## Individuelle Freiheit und Sozialismus.

Von Dr. Karl Kraus.

Seit sich der Mensch aus tierischem Dämmerdasein zum denkenden Wesen emporgerungen, war sein Sinnen und Trachten stets darauf gerichtet, das Leben möglichst sorgenfrei und leicht zu gestalten. Bisweilen kam er diesem Ideal näher, wie im Altertum, und es gab Zeiten, in denen er, wie im Mittelalter, daran verzweifelte, es auf Erden überhaupt zu erreichen. In der Neuzeit nahm sich schließlich die Wissenschaft der Sache an und versuchte durch Kombinationen verschiedener Art das Dunkel zu erhellen, ohne zu einem positiven Resultat gelangen zu können.

Da entwickelte der große Adam Smith seine berückenden Lehren von der Freiheit des Individuums und vom Naturrecht. Er fand auch ein lautes Echo in der gesamten Kulturwelt, bis sich die unvermeidliche Opposition regte, die in der organischen Zusammenarbeit das wahre Naturprinzip sah. Damit war auch das erste Zeichen zum Kampfe zweier Anschauungen gegeben, die die Welt in zwei einander feindliche Lager spalteten und schließlich den gewaltigsten aller Kriege entzettelten.

So viel ist schon über die vermittelnden Ursachen des großen Mordens geschrieben worden, daß man jeder Auslegung mit berechtigtem Zweifel entgegenkommt, und es wäre auch falsch, wollte man nun bei einem Grund stehenbleiben. Der Krieg bestand aus einer großen Summe von Geschehnissen, die notwendigerweise auch verschiedenen Energien ihre Auslösung verdanken. Der Drang nach höherem und vollkommenerem liegt jedoch tief in der menschlichen Natur begründet, und eine eiserne Notwendigkeit gebietet, die Ursachen des Uebels kennen zu lernen, um seine Wiederholung unmöglich zu machen.

Das Evangelium des Westens war also die uneingeschränkte Betätigung des einzelnen, während Mitteleuropa und vor allem Deutschland das Wohl des Staates als Ideal hinstellten. Beide Prinzipien erwiesen sich in der Praxis als erfolgreich und bestanden lange Zeit fast freundschaftlich nebeneinander. Man ließ jeden nach seiner Fasson selig werden und verstaute sich mitunter auch die gegenseitige Bewunderung nicht. Dit wurden unseren Defonomen in England Orvationen dargebracht, ja man verließ sich sogar dazu, Deutschland als Beispiel hinzustellen, den Wert des Militarismus als soziales Vorbild.

Das ging so fort, bis unsere wirtschaftlichen Erfolge zu groß wurden und man sich von ein „Entweder, Oder“ gestellt sah. Da schloß sich denn der eiserne Ring um uns, den wir nicht sahen oder dessen Kraft wir in übergroßem Selbstbewußtsein unterschätzten, so daß er uns schließlich erdrückte. Jedoch es regt sich Leben in dem siechen Körper, Leben, das noch einen Hoffnungsschimmer läßt. Aber auch er soll uns scheinbar genommen werden. Nicht vom alten Feinde, nein, der hat sein Ziel erreicht. Es sind gütige innere Strömungen, die den Staatskörper vollends zu vernichten drohen. Es sind die wilden Ausartungen unserer eigenen Anschauungen, derselben, die uns eine Welt von Feinden und Feinden schufen, für die wir gelitten, gekämpft und schließlich zugrunde gegangen, — der sozialen Idee.

Ja, das alte Deutschland war trotz seiner „schimmernden Wehr“ oder vielmehr ihrerwegen ein sozialer Staat, der das Wohl des einzelnen dem Gemeinwohl unterordnete, und es tut jetzt doppelt weh, gerade vom Sozialismus den Todesstoß zu empfangen.

Aber das alte ist untergegangen und hatte deshalb keine Lebensberechtigung. Das Problem bleibt jedoch offen. Es erscheint heute schwieriger denn je. Wo ist seine Lösung zu suchen? Wohl nur allein im Ausgleiche der Gegensätze. Wir wollen heute keine Rückkehr zur Natur, sondern ein Hinströben zu ihr. Auch im Wirtschaftsleben gilt es den Organismus nachzuahmen, indem kein Glied, ja nicht die kleinste Zelle überverteilt wird, wo ein jeder an seinem richtigen Plage steht, einer für alle und alle für einen.....

## Aus Groß-Berlin.

**Erhöhung des Berliner Brotpreises?** In einer zahlreich besuchten Bäckermeister-Versammlung berichtete Obermeister Müller über die Tarifverhandlungen mit der Gesellenschaft und ihre neuen erheblichen Lohnforderungen. Der Tarif könne erst von den Meistern unterschrieben werden, wenn der Magistrat ihnen die Mittel zur Erfüllung der Gesellenforderungen durch Erhöhung des Brotpreises zur Verfügung stelle. Es müßte eigentlich eine Erhöhung von 14 Pf. gefordert werden, das mindeste seien aber 10 Pf. Werde weniger bewilligt, so würden die Bäckermeister den Tarif nicht unterschreiben. In der Aussprache forderte ein Redner unbedingt eine Erhöhung des Brotpreises um 15 Pf. Von anderen Rednern wurde auch mit einer Schließung der Bäckereien gedroht, doch sprach sich der Vorstand entschieden gegen den Gedanken eines Bäckermeisterstreiks aus. Nach längerer Erörterung wurde eine Entschlieung angenommen, in der eine mindestens zwanzigprozentige Brotpreiserhöhung verlangt wurde. Sollte der Lebensmittelerband Groß-Berlins nicht zustimmen, so sei nach dem Willen der Versammelten der vorgelegte Tarif abzulehnen.

**436 912 Unterschriften.** Die Huldigungsadresse für Kaiser Wilhelm, die der „Reichsbote“ in Berlin zum 27. Januar ausgelegt hatte, hat im ganzen 436 912 Unterschriften gefunden. Sie ist in 37 Bänden nach Amerongen gesandt worden.

**Zurückziehung des Freikorps Hülsen aus Berlin.** Da die Durchsuchung der Häuser und Wohnungen nach Waffen beendet und die Ruhe in Berlin wiederhergestellt ist, wurden am Mittwoch die Truppenteile des Freikorps Hülsen aus Neutölln, Brig, Lichtenberg und Adlershof zurückgezogen. Die Detachements Stillfried und Grothe marschieren über Charlottenburg nach ihrem ständigen Quartier im Truppenlager Döberitz. Das Detachment Oden bleibt in Charlottenburg, das ihm als Garnison angewiesen ist.

**50 Pfennige für ein Pfund Kartoffeln.** Die seit einiger Zeit in Berlin bestehende mangelhafte Kartoffelzufuhr, die wohl auf die vorübergehende Unterbrechung des Zugverkehrs mit dem Osten zurückzuführen ist, hat die Erzeuger in der Umgegend Berlins veranlaßt, die Konjunktur auszunutzen. Von Leuten, die Kamsterfahrten nach Kartoffeln ausführen, wurden dem „B. L.“ zufolge fünfzig bis sechzig Mark für den Zentner verlangt und auch bezahlt. — Die neue Regierung bezeichnete es bekanntlich bei ihrem Antritt als ihre Hauptaufgabe, den Lebensmittelerwucher zu beseitigen. Viel Erfolg von ihrem Mühen hat man bisher wahrhaftig nicht gespürt.

Verantwortlich für den politischen Teil: Hauptkassierer Alfred Schwabbe, für den lokalen und provinziellen Teil Hans Robert Pöschel, für den übrigen redaktionellen Teil Max Spang, für den Anzeigenteil Hans Reigebund. Druck und Verlag: Johannsen'sche Buchdruckerei in Köslin.

Gestern morgen 6 Uhr entschlief sanft nach schwerem Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere herzensgute Mutter, Großmutter und Schwiegermutter

## Johanna Runge

geb. Böld

im fast vollendeten 71. Lebensjahre.

Dies gelien schmerz erfüllt an

Albert Runge und Kinder.

Wilhelmshof, den 25. März 1919.

Beerdigung Donnerstag, den 27. März, nachmittags 3 Uhr. Trauerfeier eine halbe Stunde früher.

## Stadtverordneten-Sitzung

am Freitag, dem 28. d. Mts., nachmittags 5 Uhr.

### Tagesordnung:

1. Neuwahl der städtischen Deputationen und Kommissionen.
2. Wahl eines Schiedsmannes
3. Verlängerung der Geltungsdauer der Kanalgebührenordnung.
4. Erhöhung des Beitrages für einen Verein.
5. Zustimmungserteilung zur Annahme einer Stiftung.
6. Einführung der Verwaltungsordnung für das Lyzeum.
7. Lebenslängliche Anstellung eines Beamten.
8. Pensionsfestsetzung für eine Witwe.
9. Schaffung einer etatsmäßigen Botenstelle für die Stadtsparkasse.
10. Abänderung der Sätze für die Erwerbslosenunterstützung.
11. Beschaffung eines Lastkraftwagens.
12. Ankauf eines Grundstückes.
13. Zur Kenntnisnahme.

Röslin, den 24. März 1919.

Parvich,  
Stadtverordnetenvorsteher.

## Bekanntmachung.

Infolge Nachlieferung von Marmelade seitens der Bezirkszentrale wird auf Abschnitt Nr. 8 der Brotausfertigung nicht ein halb, sondern ein Pfund Brotausfertigung ausgegeben.

Röslin, den 25. März 1919.

Der Magistrat.

## Holzverteilung.

Am Mittwoch, dem 26. d. Mts., von 8 Uhr an werden in der Ortskohlenstelle ca. 160 Mtr. trockene Kiefern- und Eichen-Reiser auf die Kohlenkarte für die ärmere Bevölkerung ausgegeben werden. Das Holz ist wegen Platzmangels möglichst sofort von seiner Lagerstätte, Egerzier-Schuppen, Füllstraße, abzuholen.

Röslin, den 25. März 1919.

Der Magistrat.

Am 10. April beginnt ein neuer

## Lehrgang

in den verschiedenen Formen der kaufmännischen Buchführung, im Wechsel- und Scheckwesen, kaufm. Rechnen, Schriftwechsel, Rundschrift usw., sowie in Kurzschreib- und Schreibmaschine.

### Kaufmännische Privatschule

von

Frau Hedwig von Borke,  
Neustorstraße 21, 2 Tr. (Eingang Ringstraße).

## Der Frauenbund

der Deutschen Kolonialgesellschaft  
Abteilung Röslin

Isabell für Freitag, den 28. März, nachmittags 5 Uhr zu einer im kleinen Saal des Herrn Lüdike stattfindenden

## Hauptversammlung

die Mitglieder, Freunde und Gäste ergebenst ein.

### Tagesordnung:

- Bereitsangelegenheiten,
  - Jahresbericht,
  - Eingangsgedicht von Rudolf Prester,
  - Vortrag des Herrn Regierungsrat Dr. Kollau.
- Zu einer Vorstandssitzung werden die geehrten Mitglieder um 4 Uhr gebeten.  
Zur Deckung der Kosten wird ein Eintrittsgeld von 50 Pfennig erhoben.

Olga Jonas, Vorsitzende.

## Schwimmklub „Poseidon“ Röslin.

Am Dienstag, den 1. April, abends 8 Uhr bei Zels, Grünstr.

## Generalversammlung.

### Tagesordnung:

- Kassenbericht.
  - Neuwahl des Vorstandes.
- Das Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist dringend erwünscht.  
Der Vorstand.

## Lüdike's Konzerthaus.

Donnerstag, den 27. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr

## Großes Extra-Doppel-Konzert

(R. Wagner- und Novitäten-Abend)

des auf 35 Musiker verstärkten Städtischen Orchesters und der Regimentsmusik Inf. Regts. 49

Leitung: Arthur Lipsch, Städt. Musikdirektor.

Zur Aufführung gelangen folgende Werke R. Wagners: Tannhäuser-Ouverture, Wolans Abschied a. Feuerzauber, „Waltäre“, Chor der Blumenmädchen a. Parsifal, ferner Mignon-Ouverture, Thomas (auf Wunsch), Ungarische Rhapsodie, Reindel, Br. Fantasie a. „Bajazzo“, Leoncavallo, ferner die Schläger aus „Drei alte Schachteln“, Kollo, Dreimäderlhaus, Schubert-Berle usw.

Eintritt 50 M. Eintrittskarten zu 1,25 sind vorher im Zigarren-geschäft von Juhl, am Markt, zu haben.

## Aula des Gymnasiums.

Dienstag, den 8. April 1919, abends 8 Uhr

## Schubert-Abend

zum Besten des Hilfsbundes Röslin der Arbeiterinnenhilfe, veranstaltet vom Frauenchor unter gütiger Mitwirkung geschätzter Solisten.

Chöre: Psalm 23, Ständchen, Allmacht.  
Lieder: An die Musik, Raftlose Liebe, Erlkönig, Meine Ruh ist hin, Gott i. Frühling, Heiderdslein, An die Leier, u. a.  
Vortrag: Schubert sein Leben und seine Werke.  
Eintrittskarten zu 2 M. und 1 M. von Sonnabend, den 29. 3. 19 ab bei Hoffmann.

## Geschäftsübernahme.

Einem geehrten Publikum von Röslin und Umgegend die ganz ergebene Mitteilung, daß ich das

## Kolonialwarengeschäft, Destillation und Bierstube

meines Vaters, des Kaufmanns Karl Weber, mit dem 1. April übernehme.

Ich bitte, das meinem Vater geschenkte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Hermann Weber,  
Mühlentorstr. 51-53.

## Deutsche Volkspartei

(Nationalliberaler Verein Röslin)

## Stammtisch

an jedem Donnerstag, 6 Uhr abends bei Lüdike.

Alle vorkommenden Zahnarbeiten übernimmt

## Zahn-Praxis

Frau G. Papensuß, Dentistin  
vorm. A. Hesse.

Röslin, Bergstraße 23, 1 Tr.

Sprechz. 9-1 u. 3-5. Sonntags 9-12.

## Harmoniums

erklaffiger Harmonium-Fabrik habe wieder auf Lager und empfehle billigt

Musikhaus Br. Ignatz, Bergstr. 28.

## Verwertung

## Stillgelegter Betriebe

maschineller Einrichtungen etc.

bei sofortiger Barauszahlung übernimmt jederzeit

Curt Seeliger, Stettin.

## Zahn-Praxis W. Reichel

vormals K. Reichel

Fernspr. 416 Röslin Bergstraße 7

Eingang Junkerstraße 1 Treppe

Sprechstunden 9-1 und 3-6 Uhr.

Empfehle jedes Quantum

## ff. Delikatesz-

## Sauerkohl

Pfund 25 Pfg.

## Franz Bewersdorff,

Bergstraße 36,

Fernruf 61.

Für Seminaristen (Kriegsteilnehmer) werden zum April

möblierte Zimmer mit Beköstigung gesucht. Angebote werden sofort erbeten.

Die Seminardirektion.

## Futter-Mohrrüben-Samen

welche, grünlöpfige, verbesserte Riesen, adgerieener Samen, verkauft etwa 50 Pfund, das Pfund mit 30 Mark in Käufers Säden.  
Autoverwaltung Kaltenhagen,  
Post: Timmenhagen.

## Maschinenöl

## Wagenfett

## Lederfett

beste Qualitäten bei

Kurt Groß, Bergstr. 2.

Für einen vom Militär entlass. Burken, 20 Jahre alt, wird in einem hochherzhaften Hause eine

## Diener-Lehrstelle

gesucht. Zu erfragen Adliner Klub.

## 1 Lehrling und 1 Laufbursche

zum 1. April gesucht.

Hermann Weber,  
Mühlentorstraße 51/53.

## Einen Arbeiter

sucht sofort

Treder,  
Neuklinger-Chaussee 17.

## Zwei Pferddecke

sucht zum 1. April

Dom. Neubelz.

Suche per sogleich

## junges Mädchen

mit Vorkenntnissen zur weiteren Ausbildung als Wirtin.

Franz Radoll,  
Dom. Neubelz bei Röslin.

## Mädchen

für Küche und Haus zum 1. April gesucht, Landwirtschaft nicht vorz. Pfarhaus Schweinin, R. Röslin.

## 1 Lehrling

stellt sogleich ein  
C. Pantas, Alempnermeister,  
Junkerstr. 10.

## Grundstücksverkauf

Größe 50 Morgen, mit gutem Inventar verkauft

Keddemann, Barchmin.

Füllstraße 11 ist ein

## Garten

bis 1. 10. 19 zu verpachten, außerdem ein

## Gartenzelt

mit Zinkdach zu verkaufen. Zu erfragen

Wilhelmstr. 8, 1 Tr.

## 15 bis 20 000 Mark

sind zum 1. 10. 19 auf erklaffige landliche Hypothek auszuleihen. Angebote unter A. 251 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erbeten.

## Baloneinrichtung

billig zu verkaufen.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

## Gebrauchte, gut erhaltene

## Knochenmühle

mit Handbetrieb ist billig zu verkaufen.

Schützenhaus.

## Steinkohlen teer

offeriert in Gebirgen

K. Herrlinger Nachf.

Nähfaden Schwarz u. weiß, beste Zerkohfware, 10 Rollen 10 M., 4 Proberröll. 4.49 M. G. Flügge, München 45 198.

Echte

## Gummisauger

ohne Naht empfiehlt

J. Nowak,

Drogerie.

## Trauerhymne v. Händel.

1. Vorprobe zur Aufführung im Donnerstag, den 27. 3., 6 Uhr. Die Uebungen finden von nun an jeden Montag u. Donnerstag 6 Uhr in der Kirche auf dem Orgelchore statt. Bitte alle Mitwirkenden, zu den Uebungen zu erscheinen. Kantor Voigt.

Zur Vorbereitung auf die Kriegsteilnahme sucht Kriegsteilnehmer (Mf. -Offiz.)

## Unterricht

in Deutsch, Französisch u. Englisch. Angebote unter J. 250 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Am 23. d. Mts. hat sich der Fürsorgegörling

## Artur Nadrau

von mir entfernt. Nachricht über Verbleib desselben erbittet  
G. Syring,  
Gäß bei Thunow.

## Seradella

## Kunkel (Beet)

## Wreufen

## Möhren (Turnac)

empfiehlt zur Saat

## Franz Obst Nachf.

## Koiklee,

## Weißklee,

## Schwed.-Klee,

## Thymothee,

## Seradella,

## Blaue Lupinen

aus anerkannter Saatgutwirtschaft hat abzugeben

## Moritz Lewinberg.

## Gefucht

## 200 Htr. Saatkartoffeln

(mögl. Früh) gegen Saatkarte; zu verkaufen

## 1 Breitfräsmaschine und

## 1 Gpeldreschmaschine.

Dom. Kattke bei Röslin.

Auskunft umsonst bei

## Schwerhörigkeit

Ohrgeräusch, nerv. Ohrenschmerz, über unsere tausendfach bewährten, patentamtl. geschütz. Hörerinnen. Bequem und unsichtbar zu tragen. Glänz. Anerkennungen.

Sanis Versand München 411

## Ehloralk

stärkste Ware.

J. Nowak, Drogerie.

## Bettmatten

Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeben. Aust. umsonst. Sanis-Versand München. 411.

Existenzsuchende, werden sich mit Rückporto an A. Stampader, München 23/116.

## Deutschen Schäferhund

dunkelwölfarbig, 5/ Mon. alt.

## Anzeigen aus Janow.

## Bekanntmachung.

Nachdem der Herr Oberpräsident in Stettin den Preis für Eier ab 20. März erhöht hat, wird der Erzeugerhöchstpreis für Eier auf 32 Pfennig für 1 Ei festgesetzt.

Die Sammlstellen zahlen an die Eierkäufer 34 1/2 Pfennig für 1 Ei. Der Höchstpreis für 1 Ei bei Abgabe an den Verbraucher wird auf 35 Pfennig festgesetzt.

Auf Abschnitt 2 der Eierkarten darf für März 1 Ei verabfolgt werden.

Nichteingelöste Abschnitte verlieren nicht ihre Gültigkeit

Schlawa, den 17. März 1919.

Der Vorsitzende des Kreisamtschusses,  
von Scheiba.

Veröffentlicht.

Janow, am 23. März 1919.

Der Magistrat.

## Bekanntmachung.

Die Reichsfleischstelle hat die Fleischmenge für den Kopf und die Woche vom 17. 3. ab auf 100 Gramm festgesetzt.

Schlawa, den 17. März 1919.

Der Vorsitzende des Kreisamtschusses,  
von Scheiba.

Veröffentlicht.

Janow, den 21. März 1919.

Der Magistrat.